

# DURCHFÜHRUNGSBESCHLUSS DER KOMMISSION

vom 3.11.2022

## zur Finanzierung der Einzelmaßnahmen zugunsten der Republik Sudan für das Jahr 2022 – Teil 1

DIE EUROPÄISCHE KOMMISSION —

gestützt auf den Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union,

gestützt auf die Verordnung (EU, Euratom) 2018/1046 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 18. Juli 2018 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union, zur Änderung der Verordnungen (EU) Nr. 1296/2013, (EU) Nr. 1301/2013, (EU) Nr. 1303/2013, (EU) Nr. 1304/2013, (EU) Nr. 1309/2013, (EU) Nr. 1316/2013, (EU) Nr. 223/2014, (EU) Nr. 283/2014 und des Beschlusses Nr. 541/2014/EU sowie zur Aufhebung der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012<sup>1</sup>, insbesondere auf Artikel 110,

gestützt auf die Verordnung (EU) 2021/947 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 9. Juni 2021 zur Schaffung des Instruments für Nachbarschaft, Entwicklungszusammenarbeit und internationale Zusammenarbeit – Europa in der Welt, zur Änderung und Aufhebung des Beschlusses Nr. 466/2014/EU und zur Aufhebung der Verordnung (EU) 2017/1601 und der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 480/2009 des Rates<sup>2</sup>, insbesondere auf Artikel 23 Absatz 3,

in Erwägung nachstehender Gründe:

- (1) Damit die Durchführung der Einzelmaßnahmen 2022 für die Republik Sudan gewährleistet werden kann, ist die Annahme eines jährlichen Finanzierungsbeschlusses erforderlich, der das jährliche Arbeitsprogramm für 2022 darstellt. In Artikel 110 der Verordnung (EU, Euratom) 2018/1046 (im Folgenden „Haushaltsordnung“) sind ausführliche Vorschriften für Finanzierungsbeschlüsse festgelegt.
- (2) Bei der geplanten Unterstützung sind die Bedingungen und Verfahren einzuhalten, die im Rahmen der nach Artikel 215 AEUV erlassenen restriktiven Maßnahmen<sup>3</sup> festgelegt sind.
- (3) Hauptziel der Einzelmaßnahmen zugunsten der Republik Sudan ist die Unterstützung der Menschen in der Republik Sudan. Dabei bilden die Förderung der Menschenrechte, die Einbindung von jungen Menschen und Frauen in Friedens- und Demokratisierungsprozesse sowie die Bereitstellung eines Bildungsangebots die Hauptachsen des ersten Pakets individueller Maßnahmen.
- (4) Gemäß Artikel 23 Absatz 3 der Verordnung (EU) 2021/947 ist der Rückgriff auf Einzelmaßnahmen ohne Programmplanungsdokument in diesem Fall gerechtfertigt, um das derzeitige Engagement gegenüber der Bevölkerung und Zivilgesellschaft Sudans mit Blick auf die Wahrung des demokratischen Prozesses aufrechtzuerhalten.

<sup>1</sup> ABl. L 193 vom 30.7.2018, S. 1.

<sup>2</sup> ABl. L 209 vom 14.6.2021, S. 1.

<sup>3</sup> <https://www.sanctionsmap.eu/#/main>. Die Weltkarte der Sanktionen ist ein IT-Tool für die Erfassung von Sanktionsregelungen. Die Sanktionen beruhen auf den im Amtsblatt veröffentlichten Rechtsakten. Bei Abweichungen ist das Amtsblatt maßgebend.